

Niederschrift
zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Ordnung u.
Sicherheit der Stadt Barth
BAS/B/024/2014-19

Sitzungstermin: Dienstag, den 14.02.2017
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 21:02 Uhr
Ort, Raum: im Rathaussaal der Stadt Barth

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Branse, Ernst

1. stellv. Ausschussvorsitzender

Papenhagen, Peter

2. stellv. Ausschussvorsitzender

Bork, Tobias

Stadtvertreter(in)

Wiegand, Lothar

Ausschussmitglied

Kühl, Hartmut

Schriefer, Jens

Wallis, Andi

sachkundige/r Einwohner/in

Schossow, Michael

Mitglied Seniorenbeirat

Grätz, Roswitha

Redlin, Rita

Vertreter der Verwaltung

Kubitz, Manfred

Gabriel, Anja

Hellwig, Friedrich-Carl

Scheller, Uwe

Protokollant

Piest, Nicole

Entschuldigt fehlen:

sachkundige/r Einwohner/in

Glewa, Martin

Mitglied Seniorenbeirat

Kleminski, Karin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (13.12.2016)
4. Einwohnerfragestunde
5. Modernisierung und Neuausrichtung des Technischen Betriebes LGM/B/339/2016 der Stadt Barth
6. Information zur 10. Änderung und Ergänzung B-Plan Nr. 5 "Hafenbereich" (Vinetarium)
7. Zukünftige Zuständigkeiten der Fachausschüsse
8. Abarbeitung der Liste der Anfragen aus den vergangenen Sitzungen
9. Bericht des Bauamtes zu wichtigen Bauangelegenheiten
10. Anfragen und Mitteilungen
11. Schließung der Sitzung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Branse eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Es gibt keine Änderungs- und Ergänzungswünsche. Die Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Vertreter:	9
davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

zu 3 Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (13.12.2016)

Die Niederschrift vom 13.12.2016 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Vertreter:	9
davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

zu 4 Einwohnerfragestunde

Es wird darauf hingewiesen, dass die Sperrung in der Arndtstraße und dem Weidenweg eine Belastung für die Anwohner darstelle. Kritisch seien auch die Umwege für die Rettungskräfte.

Herr Branse berichtet, dass er hierzu mit dem Landkreis Kontakt aufgenommen habe. Dieser teilte ihm mit, dass es für die Sperrung eine verkehrsrechtliche Anordnung gäbe, welche nie aufgehoben wurde. Kritisch sieht er ebenfalls, dass Feuerwehr und Polizei über diesen Umstand nicht informiert wurden.

Herr Kubitz informiert, dass der Weidenweg als Abkürzung für PkWs genutzt wurde. Aber auch LKWs passierten den Weg. Die Mehrung des Verkehrs stellte damit eine Gefährdung für die Anwohner dar und löste Unmut bei diesen aus.

Die verkehrsrechtliche Anordnung wurde bis jetzt immer nur halb umgesetzt. Aufgrund der derzeitigen Situation hat der Landkreis nun den sofortigen Vollzug angeordnet, dieses führte zur vollständigen Sperrung der Straße.

Er weist nochmal darauf hin, dass für alle zukünftigen Änderungen ebenfalls eine verkehrsrechtliche Anordnung benötigt werde.

Herr Wiegand findet, dass die Baumaßnahme Chausseestraße durchgeführt werden muss. Er kann die Argumente der Anwohner nicht nachvollziehen, da alle anderen von der Baumaßnahme auch betroffen sind. Er selbst habe mal einen Antrag gestellt, den Weidenweg für die Durchfahrt zum Mastweg komplett zu sperren.

Herr Wallis ist der Meinung, dass es keinen Zwang gibt durch den Weidenweg zu fahren und findet es auch nicht problematisch, die Umleitung zu fahren. Kritisch sieht er aber, dass nunmehr die Barther Anlagen mit KFZ durchfahren werden. Dieses muss unterbunden werden.

Herr Kubitz berichtet, dass eine Umleitung über die Anlagen geprüft wurde, diese wäre aber zu aufwendig gewesen. Eigentlich dürfte bei den wenigen Anliegern der Friedrichstraße kein Verkehr sein.

Herr Bork ist verärgert, da er nur zu gut weiß, dass ein Aufstellen von Schildern nichts bringt. Er verweist hier auf die Papenstraße.

Herr Kaufhold fragt an, wo auf der Internetseite der Stadt die Ergebnisse des ISEK veröffentlicht werden.

Herr Kubitz verweist auf die nächste Abstimmungssitzung mit der LGE. Danach werden die Ergebnisse veröffentlicht.

Herr Kaufhold macht darauf aufmerksam, dass das Haus der Gartenstraße 52 sehr marode sei.

Herr Kubitz erklärt, dass die Stadt sich, sollte es erforderlich sein, an die Bauaufsicht wenden kann. Wenn die Bauaufsicht die Situation dann so einschätzt, dass das Gebäude beseitigt werden muss, könne diese eine Ersatzmaßnahme anordnen. Jedoch würde dann nur die unmittelbare Gefahr beseitigt und das Gebäude würde „umgeschmissen“. Es verbleibt ein sehr unansehnlicher Schutthaufen mitten in der Stadt und die Kosten müssten vorerst durch die Stadt getragen werden. Der Eigentümer erhält dann einen Eintrag in das Grundbuch Abt. 2. Er berichtet, dass es einen Kaufinteressenten für das Objekt gibt, dieser war bereits mit einem Teileigentümer beim Notar. Es gibt allerdings noch einen Miteigentümer.

Herr Branse merkt an, dass das gleiche Problem auf die Dammstraße 17 zutrifft. Hier gibt es auch mehrere Eigentümer, welche durch die Verwaltung angeschrieben werden müssen.

Frau Grätz beklagt sich über die dauerhaft an der Straße abgestellten Mülltonnen in der Sundischen Straße.

Herr Kubitz verweist auf die Stadtordnung und wird dies dem Ordnungsamt mitteilen.

zu 5 Modernisierung und Neuausrichtung des Technischen Betriebes der Stadt Barth **Vorlage: LGM/B/339/2016**

Herr Kubitz berichtet von der letztjährigen Umstrukturierung im Bauamt. Es wurden 3 Sachgebiete gebildet. Vom Sachgebiet „Gebäude- und Liegenschaftsmanagement“ V/3 ist Frau Gabriel die Leiterin und damit verantwortlich für den Technischen Betrieb.

Frau Gabriel teilt mit, dass Herr Scheller seit dem 01.01.2016 Leiter des Technischen Betriebes ist. Zugeordnet wurden dem ehemaligen Bauhof seitdem auch die Platzwarte, Hallenwarte und Hausmeister der nachgeordneten Einrichtungen. Dieses begründet auch die Namensänderung. Die Umstrukturierung war notwendig, denn so kann das Personal effizienter und effektiver eingesetzt werden.

Sie erläutert weiterhin, dass es notwendig sei, die technische Ausstattung zu modernisieren. Hierbei geht sie auf einzelne Punkte (Nr.1 bis 4) der Informationsvorlage ein.

Herr Branse schlägt vor, Pflasterflächen neu verfugen zu lassen, um so den Pflegeaufwand zu minimieren.

Herr Bork möchte wissen, was sich hinter dem Schwerpunkt Straßen- und Wegebau verbirgt. Er rät bei der Neuanschaffung von Multifunktionsgeräten ab, da diese systembedingt in keiner der vielen Aufgaben richtig gut sind.

Herr Kubitz erläutert, dass für den Straßen- und Wegebau nur 120.000 € im Haushalt zur Verfügung stehen. Dieses Geld muss effektiv eingesetzt werden, also möglichst viel Eigenleistung erbringen. Als Beispiel führt er, den noch nicht vorhandenen Gehweg zwischen dem Gewerbegebiet Mastweg und dem eigentlichen Mastweg an. Diesen könnte der Technische Betrieb selber pflastern, notwendiges Steinmaterial liegt noch von der Baumaßnahme Aldi/Edeka vor. Das würde einiges an Geld sparen, da eine Vergabe zu teuer wäre und den Haushaltsansatz sprengen würde.

Die Pohl- und Bleicherstraße sind in einem katastrophalen Zustand. Die Straßen könnte der Technische Betrieb Stück für Stück selbst ausbessern.

Herr Schossow schlägt eine Kooperation mit anderen Gemeinden vor. Vielleicht wäre es möglich, wenn sich die Gemeinden die Technik teilen.

Frau Gabriel erwähnt, dass in der Vergangenheit übereilte Entscheidungen zur Beschaffung getroffen wurden und dass aufgrund dessen neu anzuschaffende Technik nun vorab mehrere Monate zur Probe gemietet werde.

Herr Papenhagen favorisiert die Beschaffung eines gebrauchten Baggers.

zu 6 Information zur 10. Änderung und Ergänzung B-Plan Nr. 5 "Hafenbereich" (Vineta-rium)

Herr Hellwig erläutert, dass man das Vorhaben einmal über den Kaufvertrag und einmal über das B-Planverfahren steuern wolle.

Die gestalterischen und baurechtlichen Anforderungen der Stadt an das Investitionsvorhaben sollen über den Bebauungsplan geregelt werden. Hierzu stellt er den aktuellen Stand des B-Plans vor und geht auf die einzelnen Festsetzungen des Plans ein. Die Festsetzungen wurden so getroffen, dass sie die Kontur der ehemaligen Villa abbilden.

Zum besseren Verständnis zeigt er Ansichten und erläutert diese.

Er äußert ebenfalls, dass ein Teil der Wasserflächen als Sondergebiet ausgewiesen werde. Das ist die Fläche, auf der zurzeit Nutzungsverträge mit den Restaurantschiffen bestehen. Dieser Bereich wurde als Sondergebiet deklariert, da die Schiffe aller Wahrscheinlichkeit nach Mecklenburg-Vorpommerschen Landesrecht „Bauwerke“ sind. Diese sind nur auf im B-Plan ausgewiesenen Flächen zulässig. Außerdem soll im B-Plan die Emissionslage geklärt werden, damit es später zu keinen Streitigkeiten mit den Nutzern der Ferienwohnungen kommt.

Herr Kühl informiert sich über die spätere Parkplatzsituation.

Herr Hellwig erläutert, dass die geplanten Tiefgaragen nicht ausreichen werden um den Bedarf an Parkplätzen abzudecken, sodass zurzeit über ein mehrgeschossiges Parkdeck hinter dem Speicher 2 nachgedacht wird.

Herr Kubitz fügt hinzu, dass hierfür eine B-Planänderung folgen wird.

Herr Branse befürchtet eine Überlastung der Zuwegungsstrecken Reifergang und Trebin.

Herr Hellwig verweist auf das Verkehrskonzept aus 2002.

Herr Kubitz meint, dass es lt. Konzept keine Belastung für die beiden Zuwegungsstraßen geben werde, wenn der 2.BA der Umgehungsstraße fertiggestellt sei.

Herr Bork fragt an, ob sich bei Baumaßnahmen vorher Gedanken über die Klimaerwärmung und den verbundenen Meeresspiegelanstieg gemacht wird.

Herr Hellwig bezieht sich auf die Hochrechnungen vom StaLU zum Hochwasserschutz. Die jetzigen Schutzhöhen berücksichtigen die aktuellen Hochrechnungen.

zu 7 **Zukünftige Zuständigkeiten der Fachausschüsse**

Herr Hellwig informiert über den Tagesordnungspunkt. Anlass war, dass Themen in den falschen Fachausschüssen beraten werden. Dieses löste bei einigen eine Unzufriedenheit aus. Nunmehr soll eine Grundverantwortlichkeit festgelegt werden. Als Beispiel führte er an, dass der Schulausschuss den Bau der Erweiterung des Gymnasiums federführend begleiten soll.

Herr Bork wünscht, dass der Finanzausschuss öffentlich tagen würde, um mehr Transparenz zu erlangen. Er findet es sinnvoll, wenn der Bauausschuss nicht nur als beratender, sondern auch als beschließender Ausschuss aktiv sein würde, da der Hauptausschuss sowie die Stadtvertretung oft planlos agieren.

Weiterhin fragt er sich, ob solche Zuständigkeiten überhaupt einen Effekt erzielen. Dabei kommt er zu der Entscheidung, dass er es überflüssig findet und es nur blinder Aktivismus wäre.

Ferner kritisiert er, dass er als berufener Bürger nicht an Hauptausschusssitzungen teilnehmen darf und er den Saal bei bestimmten Bauausschussthemen verlassen muss.

Herr Branse entgegnet, dass Finanzausschusssitzungen lt. Gesetz nicht-öffentlich festgelegt sind. Bezüglich der Anwesenheit berufener Bürger im Hauptausschuss stimmt er Herrn Bork zu.

Frau Grätz meint, dass das Produkt Denkmalschutz im Wifö-Ausschuss behandelt werden sollte.

Herr Schossow schlägt vor, dass sich der Bauausschuss mal wieder mit einer Fortschreibung des Verkehrskonzeptes beschäftigen sollte.

Herr Branse erläutert die Schwierigkeiten bei diesem Thema in den vorherigen Legislaturperioden.

Herr Kubitz berichtet, dass zwei Mal im Jahr eine Schilderschau mit dem Landkreis und der Polizei stattfindet.

zu 8 **Abarbeitung der Liste der Anfragen aus den vergangenen Sitzungen**

Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten zur Gestaltung von Verkehrsinseln

Lösungsmöglichkeiten für den Kreisel beim EDEKA-Markt werden in der nächsten Sitzung vorgestellt.

Entfernen oder Kennzeichnen von Blumenkübeln in der Arndtstraße

Dieser Punkt wurde erledigt.

zu 9 **Bericht des Bauamtes zu wichtigen Bauangelegenheiten**

Chausseestraße

Die Arbeiten wurden ausgesetzt, da die Leitungen aufgrund der Witterung derzeit noch nicht verlegt werden können. Der Zeitplan zur Bauausführung liegt im Limit. Ausschlaggebend ist hier vor allem der Fertigstellungstermin.

Reuterschule

Die Kellersanierung geht voran. Der Planer bereitet zurzeit die Ausschreibungen für den Rohbau vor. Die Decke des Obergeschoßes bereitet zurzeit Probleme. Diese hat eine ca. 70 cm starken Aufbau mit diversen Schadstoffen. Somit gibt es eine Kostensteigerung, die zurzeit noch beim weiteren Baufortschritt ausgeglichen werden kann.

Sportboothafen (ehem. Bossow-Fläche)

Die baufachliche Prüfung hat die Verwaltung im Dezember erhalten. Bei der Prüfung wurden 1 Mio. € eingekürzt. Die Hälfte der gekürzten Mittel war für die Vorhangplatten an der Pier vorgesehen. Diese sollen die Optik der Pieranlage verbessern. Letzteres ist aus städtebaulichen Gründen unbedingt erforderlich. Gegen die Entscheidung hat die Stadt Widerspruch eingelegt. Zudem hat die baufachliche Prüfung ergeben, dass die Erschließungsstraße der vier Häuser zum Angelverein hin nicht gefördert wird. Aus Sicht der Stadt besteht jedoch eine öffentliche Erschließungspflicht. Zur Erfüllung derselben erwartet die Stadt Barth ebenfalls eine Förderung.

Wohngrundstücke Gymnasium, Lerchenweg, Tannenheim, Weidenweg

Am 01.03. wird die Vertragsunterzeichnung mit der LGE zur Projektdurchführung der Wohngebiete Gymnasium, Lerchenweg und Weidenweg stattfinden.

Demnächst werden dann auch unterzeichnete Erschließungsverträge für das Gebiet Gymnasium und für das Gebiet Lerchenweg ausgearbeitet. Die LGE wird bei diesen beiden Wohngebieten auf eigenes Risiko die Erschließung vornehmen.

Im Gegensatz dazu, wird die LGE voraussichtlich für das Wohngebiet Weidenweg im Auftrag der Stadt handeln.

In Tannenheim hingegen ist vorgesehen, den Abwasserentsorgungsbetrieb als Erschließungsträger zu nutzen.

Herr Schriefer erkundigt sich nach dem Papenhof.

Herr Kubitz macht erneut deutlich, dass es sich um ein denkmalgeschütztes Haus handelt mit einem hohen kulturellen Wert. Den Papenhof in Nutzung zu bringen ist kostenintensiv. Trotz der Fördermittel wird ein Eigenanteil bleiben, bei welchen allerdings versucht werde, diesen weiter über Stiftungsgelder zu verringern. Im Sommer soll eventuell der zweite Bauabschnitt beginnen.

zu 10 Anfragen und Mitteilungen

Herr Wiegand erkundigt sich nach dem Stand der Abwasser-Überleitung von der Rathenausiedlung zum Kemmenacker.

Weiterhin macht auf den Zustand des Gartens vom Zollhaus aufmerksam und bittet die Verwaltung den Eigentümer anzuschreiben.

Herr Kubitz antwortet, dass diese Maßnahme Bestandteil des Wirtschaftsplanes 2017 ist.

Herr Schossow hat festgestellt, dass die Leute, seitdem die Ampel in der Hafenstraße nicht mehr steht, quer über die Straße zur Ballastkiste laufen. Hier sollte nach Lösungen gesucht werden.

Frau Redlin spricht den schlechten Zustand in der C.-Zetkin-Straße an.

Herr Kubitz sagt zu, dass eine Reparatur bei entsprechender Temperatur durchgeführt wird.

Herr Branse regt an, die Straßenbeleuchtung aus der Verwaltung auszugliedern. Er bittet die Ausschussmitglieder, dass sie sich Gedanken über Möglichkeiten einer Ausgliederung machen. Zum nächsten Ausschuss soll Herr Lanz von den Stadtwerken zu diesem Thema eingeladen werden.

Herr Wiegand weist darauf hin, dass das Gebäude Reifergang 48 fast zusammen fällt.

Herr Branse erkundigt sich nach der Terrasse vor dem ehemaligen Hotel Stadt Barth.

Herr Kubitz erklärt, dass der Bürgermeister die Terrasse derzeit über die Internetseite der Stadt Barth veräußern lässt.

Herr Wallis fragt an, ob es stimme, das die Bauvoranfrage von der Werft an der Barthe abgelehnt wurde und ob das Hallengebäude und die Slipanlage des angrenzenden Anglervereins ein Schwarzbau sei.

Des Weiteren möchte er wissen, ob für die Grundstückseigentümer der Chausseestraße schon die Straßenausbaubeiträge berechnet werden können.

Ferner teilt er mit, dass die Straßenbeleuchtung in der Douzettestraße und in der Nobertstraße falsch geschaltet ist. Zu bestimmten Zeiten geht sie aus und dann wieder an (19 Uhr aus und 21 Uhr wieder an).

Herr Hellwig erläutert, dass dieses im Wesentlichen richtig sei. Bei einer Überprüfung der Bauaufsicht vor Ort hat diese festgestellt, dass für bestimmte Baulichkeiten des Vereins keine Baugenehmigung vorliegt.

Sowohl für die Werft Rammin als auch für den Seglerverein muss ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Beide Beteiligte sind darüber informiert.

Herr Kubitz antwortet, dass sich die Anlieger der Chausseestraße zur Berechnung der Straßenausbaubeiträge an Frau Barkowsky wenden können.

zu 11 **Schließung der Sitzung**

Herr Branse schließt die Sitzung um 21:02 Uhr.

17.02.2017

Ernst Branse
Datum / Unterschrift Vorsitzender

Nicole Piest
Datum / Protokollant(in)